

**ANFRAGE** von Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) und Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil)

Betreffend Was macht der Kanton Zürich für die Überprüfung des Schutzstatus S?

---

Seit einigen Wochen häufen sich in den Medien Berichte über die vermeintlich missbräuchliche Inanspruchnahme des Schutzstatus S durch Roma. Der Bund bestätigt die zunehmende Problematik; offenbar handelt es sich nach Angabe von Gaby Szöllösy, der Generalsekretärin der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, um ein "fast schweizweites Thema". Auch aus mehreren Zürcher Gemeinden wird berichtet, dass die Inanspruchnahme des Schutzstatus S durch Roma-Familien Gemeinden und Schulen äusserst fordert. Vor allem in Bezug auf die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum und in den Schulen durch den verbreiteten Analphabetismus der zahlreichen Kinder.

In diesem Zusammenhang erbitten wir daher vom Regierungsrat Antworten auf folgende Fragen:

1. Verfügt der Regierungsrat über gesicherte Zahlen über die sich mit Schutzstatus S im Kanton Zürich aufhaltenden Personen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Problematik der vermeintlich missbräuchlichen Inanspruchnahme des Schutzstatus S?
3. Verfügt der Kanton Zürich über eigene Möglichkeiten, die Papiere der eingereisten Personen zu überprüfen und falls nicht, gedenkt er, Überprüfungen der Papiere einzufordern oder gar selbst einzuführen?
4. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Personen, die mittels Schutzstatus S einreisen, vom Kanton einzelnen Gemeinden zugewiesen werden und diese Gemeinden nach kurzer Zeit (zwei-drei Monate) ohne Abmeldung wieder verlassen? Was geschieht mit diesen Menschen? Werden sie neuen Gemeinden zugewiesen?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat die Gemeinden und Schulen bei der Unterbringung und der Beschulung der Menschen und der Kinder zu unterstützen? Gerade in den Schulen wirkt sich der verbreitete Analphabetismus in Bezug auf die Integrationsbemühungen als sehr problematisch aus.
6. Wie koordinieren sich die zuständigen kantonalen Stellen, beispielweise das kantonale Sozialamt und Volksschulamt in Bezug auf die Fragestellung?

Barbara Franzen  
Domenik Ledergerber  
Jean-Philippe Pinto